

Bürgerschaftsdrucksache Nr. 19

1. Ergänzungsantrag zum Antrag 132

Die Stadtbürgerschaft wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, eine gemeinnützige Gesellschaft zu errichten, deren Aufgabe darin besteht, das Wohnzwecken dienende, im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen befindliche Grund- und Gebäudevermögen mit Ausnahme des Zweckes der Wohnungsfürsorge und von Dienstwohnungen dienenden Wohnraumes mit folgender Maßgabe zu übernehmen:

- a) Im Einzeleigentum können zunächst die nicht geschlossenen, also einzeln gelegenen Grund- und Gebäudevermögen überführt werden.
- b) Der Erlös ist der Finanzierung des Wohnungsneubaus durch die Gesellschaft zuzuführen.
- c) Die ins Leben gerufene Gesellschaft trägt den Charakter einer gemeinnützigen Wohnungsbau-gesellschaft; sie besitzt die Rechte und Pflichten einer solchen.

26. 11. 1952.

gez. Engel und Fraktion (SPD)

Dr. Weiß und Fraktion (DP)

2. Antrag 137

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, allen im öffentlichen Dienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie den Versorgungsempfängern und 131ern eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 50 % der Monatsbezüge aus Landesmitteln zu zahlen.

24. 11. 1952.

gez. Erika Ewert und Fraktion (KPD)

3. Antrag 138

Die Bürgerschaft wolle beschließen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, aus Landesmitteln allen Beziehern von Renten und allen Unterstützungsempfängern zur Beschaffung des Winterbedarfs an Wäsche und warmer Kleidung eine einmalige Beihilfe für den Bezugsberechtigten in Höhe von DM 100.—, für jedes bezugsberechtigte Familienmitglied in Höhe von DM 40.— zu zahlen.

Soweit für den Personenkreis vom Bund oder einer anderen Stelle Sonderhilfen gezahlt werden, sind diese auf die vorstehenden Sätze in Anrechnung zu bringen.

Ferner ersucht die Bürgerschaft den Senat für den oben angeführten Personenkreis mit eigenem Haushalt 20 Zentner Kohlen oder Ersatzheizstoff im gleichen Heizwert, für den bezugsberechtigten Familienvorstand sowie für jedes bezugsberechtigte Familienmitglied je 2 Zentner Kartoffeln kostenlos liefern zu lassen.

24. 11. 1952.

gez. Erika Ewert und Fraktion (KPD)

4. Antrag 139

Die Stadtbürgerschaft wolle beschließen:

Die Stadtbürgerschaft ersucht den Senat,

1. die geplante Verbreiterung der Flutrinne auf dem Stadtwerder nicht durchzuführen,
2. die gegenüber dem Landesverband der Kleingärtner und Kleinsiedler für Bremen und Umgebung e. V. ausgesprochenen Kündigungen von Kleingärten auf dem Stadtwerder zurückzunehmen und die evtl. beabsichtigten Kündigungen nicht durchzuführen.

25. 11. 1952.

gez. Erika Ewert und Fraktion (KPD)

5. Anfrage

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat um Auskunft:

1. Ist dem Senat die Notwendigkeit der Wiedererrichtung der Linie 1 (Ringbahn) zunächst auf dem Teilstreckenstück Markt—Bahnhof—Dobbenweg—Sielwall—Markt bekannt?

Und welche Schritte gedenkt er bei der Bremer Straßenbahn AG zu unternehmen, zwecks Wiedererrichtung dieser Straßenbahnlinie?

2. Sind dem Senat die unmöglichen Verkehrsverhältnisse an der Endstation St. Jürgenstraße (vor den Städt. Krankenanstalten) der Linie 10 bekannt?

Welche Verhandlungen sind mit der Bremer Straßenbahn AG geführt, nachdem sich der Plan der Fortführung der Linie 10 zu ihrer früheren Endstelle an der Friedrich-Karl-Straße zerschlagen hat, um zu einer anderweitigen Lösung dieser Frage zu kommen?

Schriftliche Antwort genügt.

26. 11. 1952.

gez. Dr. Hohrmann (WdF)

6. Anfrage

Der Senat wird um Auskunft ersucht,

1. welche Maßnahmen von ihm getroffen worden sind, um bei Arbeiten an der Straßendecke, bzw. unter dieser sicherzustellen, daß voraussehbare Arbeiten gleichzeitig durchgeführt werden, um ein mehrmaliges Aufreißen der Straßendecke und damit verbundene zusätzliche Kosten und mehrfache Verkehrsstörungen an derselben Stelle zu verhindern,
2. warum eine derartige Koordinierung nicht erfolgt ist bei den Arbeiten, die im Laufe des Sommers bzw. des Herbstes am Buntentorsteinweg durchgeführt worden sind, bzw. noch werden, um einen Kanal zu verlegen, bzw. die Straßenbahnschienen zu erneuern,
3. ob und wenn ja, welche zusätzlichen Kosten infolge der Unterlassung einer Koordinierung bei den vorstehend gekennzeichneten Arbeiten entstanden sind.

Schriftliche Antwort erbeten.

26. 11. 1952.

gez. Steffens und Fraktion (DP)

7. Anfrage

Ist dem Senat bekannt, in welchem Umfang die Dienstanweisung des Senats vom 11. 7. 1952 zur Einschränkung der Regiebetriebe von den beteiligten Behörden bislang durchgeführt worden ist und inwieweit bei Aufstellung des Haushaltsplanes 1953/54 entsprechende Beträge eingespart worden sind?

Schriftliche Antwort erbeten.

26. 11. 1952.

gez. Dr. Graf und Fraktion (FDP)

8. Antrag 140

Die Bürgerschaft wolle nachstehendes Gesetz beschließen:

Gesetz betr. die gesetzliche Mitgliederzahl der
Bremischen Bürgerschaft.

Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 betr. die Verfassungswidrigkeit der Sozialistischen Reichspartei auf 92 verminderte gesetzliche Mitgliederzahl der Bürgerschaft wird auf die im Art. 75 Abs. 1 der bremischen Verfassung festgesetzte Zahl von hundert Mitglieder erhöht.

22. 11. 1952.

gez. Schneider und Fraktion (DP)